

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

166 (19.7.1919)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

## Große und kleine Sorgen.

Unter dieser Überschrift läßt der badische Finanzminister Dr. Wirth dem „Badischen Beobachter“ folgende Ausführungen zu geben:

„Im „Badischen Beobachter“ vom 12. Juli 1919, Nr. 318, wurde unter dem Stichwort „Zur Psychologie der Eisenbahnerbewegung“ gegen einige Ausführungen, die ich im Landtag und in Volksversammlungen gemacht habe, von einem Eisenbahner Stellung genommen. Es ist erfreulich, daß ein Eisenbahner in der Zeitung seinem gepreßten Herzen Luft macht und Wünsche und Beschwerden seiner Standesgenossen wirksam zur Darstellung bringt. Noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn sich die Stimme aus Eisenbahnerkreisen nur völlig sachlich hätte hören lassen und wenn der Sprecher aus Eisenbahnbeamtenkreisen meine Landtagsrede vorher im stenographischen Bericht studiert hätte. Es wurde im „Beobachter“ geschrieben: „In den Kreisen der Eisenbahnerkreise erregt es Mißstimmung, wie seitens des Herrn Finanzministers im Parlament und in Volksversammlungen die Forderungen der Eisenbahner in den Vordergrund gerückt werden, um die wachsenden Staatsschulden zu begründen.“

Es ist nicht notwendig, die wachsenden Staatsschulden noch besonders zu begründen und mein Kritiker fährt mit der Stange im Nebel herum, wenn er meint, daß mir die Begründung der wachsenden Staatsschulden etwa besondere Sorgen mache. Es genügt, wenn man der Öffentlichkeit bekannt gibt, daß die badische Staatsbahn in diesem Jahr einen Fehlbetrag, die Verzinsung und Amortisation eingerechnet, von annähernd 200 Millionen Mark aufweisen wird. Ebenso habe ich im Landtag, wie in Versammlungen darauf hingewiesen, daß nach preussischen Mitteilungen die preussische Staatsbahn mit einem Fehlbetrag von etwa 3 Milliarden abschließen wird und daß, wenn die in Preußen neuerdings aufgestellten Forderungen zur Durchführung kämen, der Fehlbetrag der preussischen Bahnen auf etwa 7 Milliarden Mark wachsen müßte. Ich habe im Anschluß daran an die Staatsarbeiter und Beamten wohl erwogene Mahnungen gerichtet, für die ich vor der Öffentlichkeit als Minister jederzeit die Verantwortung gerne trage. Auch durch die Ausführungen meines Kritikers im Badischen Beobachter bin ich in meiner Überzeugung nicht erschüttert worden. Im Gegenteil, ich bin mit der Meinung vorherrschend und seit der letzten Konferenz der Finanzminister in Weimar noch mehr befestigt worden, daß die Besprechung der Lage der Staatsfinanzen, wie insbesondere die Besprechung der Lage der Finanzen der großen Staats- und Reichsbetriebe, die größte politische Notwendigkeit ist. Man darf nur auf die politische Entwicklung im Weltkrieg aufmerksam machen, um rasch zur nötigen Einsicht zu kommen. Das deutsche Volk, so ist heute wohl in weiten Kreisen die Anschauung, hat die politische Lage des Reiches jahrelang erkannt und dieselbe auch nicht sehen wollen. Und wurde auf die Autorität einiger Führer geschworen und entfesselt schrie alles auf, als der Zusammenbruch so jäh über uns hereinbrach. In den Kreisen des alten Reichstags war die Einsicht über die bedenkliche Lage des deutschen Volkes seit langem vorhanden. Die Öffentlichkeit aber stellte sich vielfach stumm und teilnahmslos. Wollten wir dieses System, den Kopf in den Sand zu stecken, angeht die finanziellen Lage des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden nochmals wiederholen? Man hört oft das frevelhafte Wort vom Staatsbankrott in Privatgesprächen leichtfertig aussprechen. Man muß dabei doch wissen, daß der Staatsbankrott heute viel mehr bedeutet als nur etwa die Einstellung der Zahlungen durch das Reich. Dem Staatsbankrott folgt sofort der allgemeine Volksbankrott. Sparläsen, große Banken, Kreditgenossenschaften, Versicherungsanstalten werden notwendig mit dem Reich in den Abgrund gerissen. Jeder Finanzminister, der heute das Verfechten spielen zum Leitfaden seiner Politik nehmen wollte, gehörte sofort aus seinem Amte gejagt. Es liegt mir selbstverständlich völlig fern, Forderungen der Eisenbahner mit Absicht in den Vordergrund schieben zu wollen, um etwa die Eisenbahnerbeiträge in ihren berechtigten Forderungen zu distanzieren. Seit Monaten bemühen wir uns, und wie auch der Gegner anerkennen wird, mit Erfolg, die Lage aller Staatsarbeiter und Beamten zu verbessern. Die Erledigung

der Eisenbahntarifvorlage mit einer Mehrforderung von 44 Millionen Mark und der Ausgleichszulage vor dem badischen Landtag mit 38 Millionen Mark, wie auch die einmalige Teuerungszulage im Frühjahr geben denn doch den Beweis, daß die badische Volksregierung ihr Bestes getan hat, um der Beamten- und Arbeiterschaft das Leben zu sichern. Nach Abschluß des schmachvollen Friedensvertrags siehe ich aber nicht an, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß nach meiner Auffassung jetzt die Zeit weiterer Lohnbewegungen und Gehaltsaufbesserungen vorbei sein sollte. Ebenso in ich aber auch der Auffassung, daß damit der Beamten- und Arbeiterschaft überhaupt nicht gebiet werden kann, wenn nicht gleichzeitig die Frage des Abbaus der Lebensmittelpreise mit Energie und Umsicht in Angriff genommen wird. Verlagt die letztere Politik, so sind wiederum neue Bahnen einzuschlagen. Aber davor sollte es für jede, sich der Verantwortung bewußte Regierung kein anderes Ziel mehr geben, um allen Kreisen des Volkes, nicht etwa nur einer Klasse, das Beste zu erlangen. Diese Politik werde ich, wo es Gelegenheit gibt, mit allem Nachdruck vertreten und lasse mich darin durch nichts irren machen.

Mein Kritiker hat recht, wenn er ablehnt, die Eisenbahn zu einer Staatsrentenmehrerin zu machen. Ich stelle aber die Gegenfrage und bitte mir zu sagen, wann und wo die badische Eisenbahn Staatsrentenmehrerin gewesen ist? Im Jahre 1918 ist die Eisenbahnschuld auf über 100 Millionen Mark gestiegen und sie wird bis zum Ende dieses Jahres auf über 796 Millionen Mark wachsen. Die badische Staatsbahn wird in kurzer Zeit Reichsbahn werden. Glaubt mein Kritiker, daß nach dem Übergang an das Reich, bei der ungeheuren Finanznot des Reiches, die Möglichkeit besteht, die Reichseisenbahnschuld jedes Jahr um Milliarden wachsen zu lassen? Nach meiner Auffassung ist am Geheiß des Eisenbahnbetriebs, auch wenn er Reichsbetrieb werden sollte, niemand mehr interessiert, als die Eisenbahnerschaft selbst.

Mit vollem Recht darf und soll die Beamten- und Arbeiterschaft einen Eisenbahnbetrieb verlangen, der mit sozialem Geiste erfüllt ist. Die echte wahre Demokratie, die Menschenwürde und Persönlichkeit achtet, muß auch für den einfachsten Staatsarbeiter zur Wirklichkeit werden. Mein Kritiker müßte wissen, daß bereits im Mai nach demokratischer Art mit den Führern sämtlicher Eisenbahnerorganisationen und Beamtenvereinen Besprechungen über die Regelung der Dienst- und Ruhezeiten und Entschädigungen der Spät- und Nachdienstleistungen stattgefunden haben. Erfreulicherweise ist in vollem Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiter- und Beamtenchaft eine Regelung zustande gekommen und soweit möglich, wird die Durchführung der neuen Regelung, die dem Geiste der neuen Zeit wohl entsprechen dürfte, mit aller Kraft — soweit mir bekannt — betrieben. Sobald der Landtag im Laufe dieses Monats die angeforderten Mittel genehmigt haben wird, werden auch die letzten Wünsche meines Kritikers, der von all dem, was getan worden ist, nichts zu wissen scheint, in Erfüllung gehen. Es fällt auf, daß all das Gute, was die Volksregierung in den letzten Monaten geschaffen hat, so wenig draußen beachtet wird. Von heute auf morgen lassen sich ja gewiß nach dem verlorenen Krieg mit der Hungerblase keine goldenen Zeiten schaffen. Aber es wäre doch ungerade, wenn mein Kritiker die bedeutungsvollen Fortschritte, die für die Beamten und Arbeiter erzielt worden sind, nicht anerkennen wollte.

Die Stellung eines Finanzministers ist in der heutigen Zeit gewiß nicht leicht, und auch nicht beneidenswert. Die bundesstaatlichen Finanzminister haben zurzeit die größte Sorge, wie sie in Zukunft bei dem Verlangen des Reiches, die Steuerverwaltung in die Hand des Reiches zu legen, eine Entwicklung der Bundesstaaten, angeht die finanziellen Lage des Reiches, noch ermöglichen können. Wir müssen uns darüber klar sein, daß Reich, Bundesstaat und Volk in den nächsten Jahren einen Marsch durch die Hölle antreten müssen, wobei der Revolutionärsruf „ich will“ nichts mehr nützen wird, sondern wo es sich nur noch darum handelt, das was noch vorhanden ist, nach dem die Feinde befehdigt sind, nach gerechten Grundfätzen zu verteilen. Wenn mein Kritiker ein solches System der Verteilung kennt, so bitte ich ihn herzlich, es mir mitzuteilen. Er darf sich großer Dankbarkeit von Seiten des Finanzministers dauernd erfreuen, sofern mir die Führung des Amtes längere

Zeit überlassen werden sollte. Ich sehe jeder Kritik mit großer Gelassenheit entgegen. Ich verleihe die Mißstimmung der Beamten und Arbeiter ebenso, wie ich auch die lebhaften Ausfällungen der Kreise verleihe, die durch die neue Steuervorlage zum Zählen verpflichtet werden sollen. Meine Aufgabe ist es nicht, durch Popularitäts-Gascherei Politik zu machen, sondern durch ernste Arbeit, durch Aufrichtigkeit und durch festen Willen die badischen Finanzen in Ordnung zu bringen und damit unserem Volk zu dienen.“

## Deutsche Nationalversammlung.

\* Zu Beginn der gestrigen Sitzung teilte Präsident Fehrenbach mit, daß auch ein Telegramm des argentinischen Senats eingegangen ist, in dem er die tiefste Befriedigung für die Beendigung des Krieges zum Ausdruck bringt und die Hoffnung ausspricht, daß dies der Beginn des Wertes eines völligen Wiederaufbaues sein möge. Der Präsident hat er um die Erlaubnis, der argentinischen Deputiertenkammer, wie dem Senate dankend zu erwidern.

Es folgen

### Anfragen.

Abg. Laverrenz (D.N.) fragt, was die Regierung zu tun gedenke gegen die Verjüngung, miheliebige Beamte abzugeben und sie durch Angehörige der sozialistischen Partei zu ersetzen.

Geb. Rat Frhr. v. Welfer erwidert, daß Beamte nicht auf Verlangen Dritter, sondern nur nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen entfernt werden können.

Abg. v. Graefe (D.N.) fragt, was die Reichsregierung gegen einen Erlaß des mecklenburgisch-schwerinschen Ministeriums des Innern, wonach rühmere aktive Offiziere nicht als Hilfsarbeiter bei den Kreisbehörden anzunehmen sind, zu tun gedenke.

Geb. Rat Frhr. v. Welfer entgegnet, daß die Reichsregierung Veranlassung nehmen werde, die Angelegenheit nachzuprüfen.

Abg. v. Graefe (D.N.) fragt ergänzend, was gegen den mecklenburgischen Minister für Volksernährung getan werden würde, der nach seiner Erklärung nur Beamte von ausgesprochen sozialdemokratischer Gesinnung anstellen will.

Geb. Rat Frhr. v. Welfer: Das ist eine vollkommen neue Frage, auf die die Reichsregierung nicht antworten kann.

Abg. Gamppe (D.N.) fragt, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um dem immer mehr um sich greifenden Glücksspiel auf das nachdrücklichste entgegenzutreten, wo die bestehenden Strafgesetze verfallen.

Unterschiedssekretär Dr. Delbrück: Wo die Strafgesetze nicht zureichen, wird eine entsprechende Ergänzung bei dem Strafrecht erwogen werden.

Abg. Dr. Oberfahren (D.N.) fragt, was die Reichsregierung getan habe, um der planmäßigen Verheerung des roten Soldatenbundes, gerichtet auf die innere Vermürkung der Freiwilligen-Regimenter, entgegenzutreten.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erwidert, daß dagegen eine Aufklärung der Truppen organisiert sei, ferner auch Schutz und Fürsorge für die Mannschaften, gesetzliche Fürsorgemaßnahmen für entlassene Freiwillige eingeleitet seien und Aufreue gegen die Verheerungen erlassen wurden.

Abg. Dr. Mittelmann (D.N.) fragt wegen der Vorgänge in der Nacht zum 10. Juli in Berlin an, wo französische Soldaten die Menge durch verächtliches Gelächter und Verhöhnung gereizt haben und schließlich in Schußhaft genommen werden mußten.

Frhr. v. Welfer: Die von der preussischen Regierung eingeleiteten Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen.

Bei der Interpellation Feine (D.N.) und Arnstadt (D.N.) wegen der Landarbeiterstreike erregt der Vertreter des Reichsarbeitsministers, Dr. Lewy, den lärmenden Unwillen der Versammlung durch seine saloppe Haltung, in der er die Auskunft zu erteilen sich ansieht.

Die Interpellation wird demnächst beantwortet werden.

## Vom Geist der Revolutionen.

Mit elementarer Naturgewalt ist am Ende des Weltkrieges die Revolution über uns herein gebrochen. Noch stehen wir mitten drin in ihrem Stürmen und Drängen, wir kennen noch nicht alle die Entwicklungen, zu denen sie sich noch auszuwickeln wird. Nur zu leicht bleiben wir beim rein passiven Hinnehmen der Revolution stehen; allzuleicht sind wir geneigt, in ihr nur das Zerfallende, rein Negative zu sehen und uns auf die Erregungseigenschaften der bisherigen Kultur zurückzuziehen. Wir Geistigen dürfen dabei nicht stehen bleiben, wir müssen nach dem tieferen Sinn der Bewegung, in der wir stehen und von der wir getragen werden, suchen. In diesem Ringen um geistige Klarheit ist uns die Schrift des Berliner Geschäftsleiters der Kantgesellschaft und Philosophiedozenten der Technischen Hochschule Charlottenburg — Arthur Liebert ein ausgezeichnete Führer.

Der Verfasser redet nicht von der gegenwärtigen Revolution, ihren Ursachen und Zusammenhängen; er spürt nach dem Geiste, dem Sinn, dem Wesen der Revolution überhaupt, nach ihrer Bedeutung und Struktur im Zusammenhang des geschichtlichen Lebens. Er sucht nach den allgemeingültigen Bedingungen und Notwendigkeiten, deren Ergebnis schließlich jede Revolution ist, gleichgültig wie und wann sie ausbricht und wie sie verläuft. Liebert sucht zu zeigen, wie in allen Revolutionen lebte Absolutheiten des biologisch-naturalen Lebens und ewiger Vernunftwerte andererseits zum Durchbruch kommen gegenüber den notwendigen Beschränkungen und Bedingungen des geschichtlichen Gewordenen. Indem er das zeigt, weist er die innerliche Tragik aller Revolutionen auf. Die Revolutionen suchen immer wieder das Leben von dem Erstarrten in Relativitäten und Endlichkeiten zu befreien, sie suchen ursprüngliche Reinheit und Wahrheit wieder herzustellen. Aber gerade in diesem Kampf gegen das geschichtliche Bestehende tut sich ihre größte Problematik auf. Es handelt sich um den Kampf zwischen Sollen und Sein, Idee und Wirklichkeit. Aber wie es kein Sein und Sollen gibt, kein geschichtliches Leben ohne

die Unendlichkeit weisende Ideen, so gibt es kein Sollen ohne Sein, d. h. die Revolution ist in ihrer Durchführung angewiesen auf das Material der bisherigen Geschichte und sie kann auch ihrerseits nur reale Bedeutung gewinnen, wenn sie eingeht in solche geschichtliche Formen. Die Ideologie der Revolution muß praktische Bedeutung gewinnen, muß eingehen in organische, geschichtliche Zusammenhänge mit den Formen, in denen die Vernunft bisher zur geschichtlichen Auswirkung gekommen ist; sonst droht die Revolutionsideologie sich zu verlieren in phantastischen Doktrinarismus und Dogmatismus. „Keine Revolution vermag einen Neuanbau des geschichtlichen Lebens von Grund aus zu errichten, sondern ihre schöpferischen Kräfte und Formprinzipien sind genötigt, sich an dem in der geschichtlichen Entwicklung angeammelten Stoff zu betätigen.“ Das bedeutet die tragische Wendung jeder Revolution, sie muß aus einer Revolution zu einer Evolution werden. Die Revolution muß sich mit der relativen Vernünftigkeit der bisherigen Geschichte auseinandersetzen, ja sie findet an dieser in gewissem Sinne ihre Eckpunkte. Das ist ja auch gar nicht anders möglich; jede Revolution ist ja auch nichts Absolutes, sondern ein Glied des Ganzen des geschichtlichen Werbens und indem sie in diesen Zusammenhang hineinwächst, indem sie Geschichte wird, wird sie Evolution.

Indem Liebert so die Grundproblematik aller Revolutionen aufzeigt, lenkt er uns die große Tragik und Antinomie im gegenwärtigen politischen Kampf berühren. Allen geistig Interessierten und besonders auch den politischen Führern sei das Schriftchen wärmstens empfohlen. Es ist wohl das Klarste und Beste, was über den Sinn der Revolution gesagt und geschrieben wurde! — Dr. Emil Kraus.

## Drahtloses Fernsprechen.

Zu den Fortschritten, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie, namentlich auch der drahtlosen Schnelltelegraphie, erzielt worden sind, hat sich, so wird uns von aufständiger Seite geschrieben, vor kurzem infolge eines weiteren erfreulicher Erfolg gestellt, als es gelungen ist, das

drahtlose Fernsprechen zu einem praktisch verwendbaren Verkehrsmittel auszugestalten.

Die Erreichung dieses Zieles hat sich das Reichspostministerium deswegen besonders angelegen sein lassen, weil der drahtlose Fernsprechverkehr im Gegensatz zur drahtlosen Telegraphie kein ausgebildetes Personal für die Bedienung der Apparate erfordert und infolgedessen sich zur Nachrichtenübermittlung für weite Kreise mehr eignet.

Nach dem neuesten Stande der Technik ist ein drahtloses Fernsprechverkehr jetzt tatsächlich möglich. Die auf diesem Gebiete gemachten Vorversuche haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. U. a. ist vor kurzem versuchsweise mit Hilfe der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. (Telefunken) zwischen den großen Elektrizitätswerken in Nummersburg und in Oberschöneweide eine drahtlose Fernsprechverbindung eingerichtet worden. Die Anlage ermöglicht ohne jede Drahtverbindung eine gute Sprechverständigung in beiden Richtungen.

Der Anruf erfolgt durch einfaches Drücken auf einen Knopf. Bei der Gegenstation wird dadurch ein gut hörbarer, heller, summender Ton erzeugt. Im übrigen besteht in der Abmilderung des Gespräches gegenüber dem Fernsprechen mit Drahtleitung kein Unterschied. Die Mittel, mit denen die Übertragung der Sprache erreicht wird, sind verhältnismäßig einfach. Sie bestehen in der Hauptsache aus einem sogenannten Hörsender und einem Audionempfänger, beide äußerlich als Glühlampen erkennbar, die in besonderen Kästen untergebracht sind und während des Betriebes durch den elektrischen Speisestrom zum Leuchten gebracht werden.

Durch den Hörsender werden ungedämpfte elektrische Wellen von sehr hoher Schwingungszahl erzeugt, die beim Sprechen in das Mikrophon Verzerrungen erleiden. Diese werden im Empfänger aufgefangen und im Fernhörer als gesprochenes Wort zu Gehör gebracht.

Bei jeder Station befinden sich zwei Luftdrähte (Antennen). Hierdurch wird es ermöglicht, daß bei beiden Sprachstellen gleichzeitig gehört und gesprochen werden kann.

Nach den bei den Versuchen gewonnenen Erfahrungen ist zu hoffen, daß der Fernsprecher ohne Draht neben dem Drahtfernsprecher bald eine wichtige Rolle unter den Nachrichtenverkehrsmitteln spielen wird.

\* Vom Geist der Revolutionen. Von Dr. Arthur Liebert. (Verlagsanstalt Arthur Collignon, Berlin W. 62.)

